

Bundesvereinigung
der Oberstudiendirektoren

235

Neuminster, den 19. März 1971
Holstenschule
Altonaer Straße 40

P r o t o k o l l
über die

Arbeitstagung der Bundesvereinigung der Oberstudiendirektoren
in der Reinhardswaldschule (Fuldatal) vom 15. - 17. 3. 1971

Beginn : 15.3.1971 um 17,00 Uhr

<u>Leitung :</u>	OStD Dr. Hauer,	Niedersachsen
<u>Anwesend :</u>	OStD Dr. Bullinger,	Baden/Württemberg
	" Dr. Klocke,	Baden/Württemberg
	" Dr. Fiedler,	Bayern
	" Dr. Huber,	Bayern
	" Dr. Bothge,	Berlin
	" Paulsen,	Bremen
	" Glockauer,	Hamburg
	" Dr. Hauer,	Niedersachsen
	" Bartlewski,	Nordrhein/Westf.
	" Schafhaus,	Nordrhein/Westf.
	" Dr. Langer,	Rheinland/Pfalz
	" Laubenthal,	Saarland
	" Dr. Liebzig,	Schleswig-Holstein

Tagesordnung :

- 1.) Endgültige Beschlussfassung über die Begründung der Bundesvereinigung, Wahl des Vorstandes
- 2.) Richtlinien für die Öffentlichkeitsarbeit der Bundesvereinigung:
 - a) Die Stellung des Oberstudiendirektors im modernen Gymnasium
 - b) Übergang auf weiterführende Schulen (Stand der Planungen in den einzelnen Bundesländern - Kurzreferate)
 - c) Modelle der neuen Oberstufe (auf den Entwurf des Schulausschusses des KMK wird Bezug genommen)
- 3.) Verschiedenes.

Herr Dr. Hauer begrüßte als Organisator und Leiter der Tagung die Anwesenden und leitete dann die

Gründung der Bundesvereinigung der Oberstudiendirektoren ein.

Die vorhergehende Diskussion führte zu folgenden Ergebnissen :

- a) Die Studiendirektoren sollten nicht Mitglied der Vereinigung werden, da ihre Zahl zu groß ist (allein in NRW 1000, d.h. auf 4 Klassen 1 Studiendirektor !)
- b) Die Entscheidung über die Mitgliedschaft der Oberstudiendirektoren in der Bundesvereinigung soll den Landesverbänden überlassen bleiben (z.B. Leiter von Gesamtschulen, Berufsschulen)
- c) Paulsens Vorschlag wird gebilligt, in der Öffentlichkeitsarbeit die Bezeichnung "Bundesdirektorenkonferenz" zu benutzen.

Nachdem Dr. Hauer die Satzung, die auf der letzten Tagung erarbeitet worden war, noch einmal verlesen hatte, erfolgte die Genehmigung der Satzung, und mit der Genehmigung der Satzung ist die endgültige

Beschlußfassung über die Begründung der Landesvereinigung der Oberstudien-
direktoren getroffen.

Wahl des Vorstandes :

- a) Beschluß : Falls ein Vorstandmitglied der Landesvereinigung in seinem
Landesverband nicht wiedergewählt wird, führt er in der
Landesvereinigung die 4 Jahre seiner Amtstätigkeit zu Ende,
es sei denn, er legt sein Amt nieder. Dies gilt besonders
auch für Hamburg, wo der Vorsitz in 3-jährigen Turnus
wechselt.
- b) Die Geschäftsordnung wird einstimmig genehmigt (18. 3. 1971, Fulda).
- c) Da Dr. Hauer nicht für das Amt des 1. Vorsitzenden kandidieren wollte,
wurde Dr. Bethge (Berlin) mit 15 Stimmen (1 Enth.), d.h. mit allen
Stimmen der vertretenen Landesverbände zum 1. Vorsitzenden gewählt,
mit dem gleichen Stimmenergebnis Dr. Hauer zum 2. Vorsitzenden.

Finanzierung :

Jeder Landesverband bezahlt jährlich 1,50 DM pro Mitglied an die Bundes-
vereinigung. Das ergäbe einen Etat von ca. 3000,- DM, der wahrscheinlich
nicht ausreichen wird.

Geschäftsstelle : OStD Dr. B e t h g e
1 Berlin 33
Mühsenstraße 6
Tel.: 0311/ 8268741

Arbeitsgebiete :

Jeder Kollege übernimmt ein bestimmtes Aufgabengebiet, dessen Entwicklung
er verfolgt und über das er bei jeder Tagung einen Kurzbericht (1 DIN-A-4-
Seite) vorlegt. Die Arbeitsgebiete sind auf der Adressenliste angegeben.
Die Vorsitzenden der Landesverbände werden gebeten, Veränderungen in ihrem
Bereich den zuständigen Kollegen mitzuteilen.

16. 3. 1971

Ergänzung zur Wahl des Vorstandes :

Die Satzung wird dahin geändert, daß zwei stellv. Vorsitzende gewählt
werden sollen. Zum 2. stellv. Vorsitzenden wird gewählt Dr. Huber, München,
mit den Stimmen aller vertretenen Landesverbände (14; eine Enthaltung).

Es wird beschlossen, den Landesverband Bayern wegen seiner Größe zwei Stimmen
anzubilligen.

zu 2) a) Stellung des Oberstudiendirektors

Eine Grundsatzklärung der Landesvereinigung, von Dr. Bethge vorbereitet,
wird diskutiert und einer Kommission zur Überarbeitung überwiesen.

Bei der Diskussion über die Pläne der Länder, die Stellung des Direktors
mehr zu schwächen (Wahl auf Zeit; Möglichkeit eines Mißtrauensvotums durch
das Kollegium) stellt sich heraus, daß die Situation in Hamburg, Nieder-
sachsen, NRW (und mit Einschränkung in Bremen) am gefährlichsten und die
Funktionsfähigkeit des Gymnasiums am stärksten bedroht ist. Für diese Länder
wird ein "Krisenstab" gebildet, bestehend aus den Kollegen Dr. Hauer,
Bartlewski und Glockner.

Beschluß : Resolutionen, Entwürfe, Schreiben an die Ministerien u.ä.,
die von allgemeinem Interesse sind, sollen dem 1. Vorsitzenden
und möglichst auch den Vorsitzenden der Landesverbände zu-
gesandt werden.

Dr. Bethge hat eine Resolution erarbeitet, in der die Wiederherstellung
der Chancengleichheit für Schüler und Lehrer gefordert wird.
Eine Kommission übernimmt die redaktionelle Überarbeitung.

zu 2) c) Oberstufenreform

Paulsen berichtet über seinen Schulversuch in Bremen. Den Wortlaut des Vortrages haben alle Teilnehmer erhalten. Dann wurde ausführlich über den KMK-Entwurf zur Sekundarstufe II (vom Dezember 1970) diskutiert und nach den starken Bedenken, die Dr. Klocke gegen die gesamte Neuordnung vorbrachte ("die Fehler der Saarbrückener Rahmenvereinbarung werden potenziert"), beschlossen, bei den einzelnen Kultusministern gegen die Durchführung energisch zu protestieren.

17.3.1971 :

3.) Verschiedenes

- a) Termin der nächsten Tagung : 20. - 23. Oktober 1971 in Würzburg
- Tagesordnung :
- | | |
|----------------|---|
| <u>20.10.:</u> | 1.) Aktuelle Kurzberichte über die Situation in den einzelnen Ländern (je 10 Minuten) |
| | 2.) Auswertung |
| <u>21.10.:</u> | 3.) Stellung des OstD (Erstellung eines Arbeitspapiers) |
| | 4.) Oberstufenreform |
| | a) neuester Stand |
| | b) Entwicklung eigener Vorstellungen |
| | 5.) Sekundarstufe I |
| <u>22.10.:</u> | 6.) Verschiedenes |
| | Anschließend Pressekonferenz (11,30 Uhr) |
| | Nachs. Führung und Exkursion. |
| <u>23.10.:</u> | 7.) Auswertung der Tagung. |

Die nächste Frühjahrstagung findet vom 8.3. - 10.3.1972 in der Reinhardswaldschule statt.

- b) Die Vorsitzenden der Landesverbände sollen die Beschlüsse der Bundesvereinigung, vor allem die Begründung der Bundesvereinigung und die Resolution schriftlich mitteilen. Je ein Exemplar dieser Mitteilung geht an die übrigen Landesverbände und an den 1. Vorsitzenden der BV.
- c) Rauschgiftproben :
- Aufgedeckte Fälle müssen der Polizei gemeldet werden. Damit erlischt aber unsere Informationsmöglichkeit. Empfohlen werden pädagogische, therapeutische Maßnahmen wie z.B. Podiumsdiskussion zwischen Arzt, Psychologen und Kriminalologen.

zu 2) b) Orientierungsstufe

Versuche in Bayern haben ergeben, daß sich der ganze Aufwand nicht lohnt. Niedersachsen hat von der Einführung der Orientierungsstufe abgesehen, weil sie zu große Schwierigkeiten bereitet. Ab 1973 ist die integrierte Orientierungsstufe vorgesehen. Schleswig-Holstein führt die nichtintegrierte Orientierungsstufe 1971 ein.

Ende der Tagung : 17. 3. 1971 um 11,30 Uhr.

H. Sehlige
....., Oberstudiendirektor
1. Vorsitzender

Für das Protokoll :
H. Klocke
.....
Oberstudiendirektor